

Ort

Datum

Sehr geehrte Damen und Herren,
nachfolgend senden wir Ihnen die Stellungnahme von Barbara Eifert
und Prof. Dr. Gerhard Naegele zur öffentlichen Anhörung am 05. März
zum Thema „6. Altenbericht“

Mit freundlichen Grüßen
gez. Barbara Eifert

Institutsdirektor: Prof. Dr. Gerhard Naegele
Vorstand: Prof. Dr. Gerhard Naegele
(Vorsitzender),
Rolf Ackermann, Angelika Gemkow, Prof.
Dr. Monika Reichert
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund,
Rektor der TU Dortmund

Konto Nr. 001 092 774
Sparkasse Dortmund
BLZ 440 501 99
Ust-Idnr DE 124651992

- **Allgemein:**

1. Wie sollen die konkreten Handlungsempfehlungen für die Politik aus dem 6. Altenbericht umgesetzt werden und möchten Sie Handlungsempfehlungen ergänzen?

Die Handlungsempfehlungen des 6. Altenberichtes sind umfassend und zielen auf wesentliche Lebensbereiche. Die Vorteile differenzierter Altersbilder sind deutlich, eine Sensibilisierung für realistische Altersbilder muss Bestandteil einer engagierten generationenbezogenen Politik sein und differenzierte Altersbilder sind zu kommunizieren. Im Einzelnen bedarf es im Gestaltungsfeld *demografische Entwicklung* konkreter, umfassender Konzepte auf kommunaler Ebene. Zur Etablierung einer *neuen Kultur des Alters* ist die Integration des Alterns in den Generationenkontext wesentlich. Altern und die damit verbundenen Altersbilder sind Querschnittsthemen, ressort- und organisationsübergreifend. Dies bedarf der Anerkennung, Umsetzung und Praxis. Seniorenorganisationen stehen einer solchen Integration nicht entgegen, vielmehr können sie durch die Betonung ihres Generationenbezugs einen Beitrag zur Integration des Alters leisten. Die *Lebenslauforientierung* in einer Gesellschaft des langen Lebens sollte sich insbesondere in konkreten Bildungskonzepten (für die Arbeitswelt und für allgemeine Weiterbildung) sowie in der Gesundheitsförderung in den Kommunen zeigen. Begleitend sollten Altersbilder und der differenzierte Umgang zu Ausbildungs- und Curriculabestandteil werden (z. B. für Erzieher/innen, Lehrer/innen). *Partizipation und bürgerschaftliches Engagement* sind als Werte einer solidarischen Gesellschaft zu kommunizieren und zu praktizieren, dazu bedarf es ermöglichender Rahmenbedingungen und entsprechender Haltungen.

2. Welche Themen sollten in einem kommenden Altenbericht behandelt bzw. weiter vertieft werden?

Insbesondere der Bereich der *Bildung* (sowohl im Hinblick auf die *Arbeitswelt* als auch auf die *allgemeine Bildung*) sollte vertieft werden, da ihm eine hohe Bedeutsamkeit zukommt, auch im Hinblick auf grundsätzliche Partizipationschancen. Zudem sind lebenslauforientierte Konzepte zur *gesundheitlichen Förderung und Prävention* in einer Gesellschaft des langen Lebens bedeutsam. Ergänzt werden sollten die Themenfelder *Bildung* und *Gesundheit* durch das Themenfeld *Lebensräume von Menschen*, d. h. Kommunen und Quartiere.

3. Die Problematik der Altersdiskriminierung ist vielfältig und wird häufig als solche nicht wahrgenommen, da sich bestimmte – eigentlich diskriminierende - Handlungsweisen im persönlichen Empfinden als „diskriminierungsfreie Normalität“ eingeprägt haben. Welche Maßnahmen können politisch ergriffen werden, um gesellschaftlich, medial und in der Arbeitswelt zu einem weitgehend diskriminierungsfreien Umgang und zu einer größeren Sensibilität mit dieser Thematik zu gelangen?

Voraussetzungen, um Altersdiskriminierungen entgegenzuwirken, sind zum einen die Anerkennung und Wertschätzung von Lebensleistung älterer Menschen sowie zum anderen die Darstellung ihrer gegenwärtigen Leistungsfähigkeiten und -bereitschaften. Dazu gehört die Darstellung und Anerkennung des vielfältigen Engagements Älterer in Sport, Kultur, Schule und Beruf etc. Eine umfassende Strategie für differenzierte Altersbilder, die Altersdiskriminierungen entgegenwirkt, wurde z. B. von 2005 – 2010 von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen mit der „Landesinitiative Junge Bilder vom Alter“ umgesetzt. Ziele dieser Landesinitiative bestanden in der Sichtbarmachung von Altersdiskriminierung sowie im Vorbeugen und Beseitigen von Altersdiskriminierung. Konkret umgesetzt wurden: Fach-

tagungen zur Altersdiskriminierung in den Jahren 2005, 2007 und 2009 (Altersbilder und Altersdiskriminierung), die Erarbeitung und Bereitstellung von Materialien, Gesetzesüberprüfungen im Hinblick auf Altersgrenzen, Vereinbarungen mit Banken und Versicherungen gegen altersdiskriminierende Praktiken, die Bereitstellung von Reflexionsräumen zur Auseinandersetzung sowie ein partizipativer Ansatz zum Umgang mit den verknüpften Themen Altersbilder und Altersdiskriminierung. Mit vergleichbar umfassenden Ansätzen lässt sich Altersdiskriminierung langfristig beseitigen. Dazu sollten die Möglichkeiten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ausgebaut werden. Partizipation älterer Menschen spielt bei der Verhütung und Bekämpfung von Altersdiskriminierung eine wichtige Rolle, sie ist eine wesentliche präventive Maßnahme. Zudem wirkt der Diskriminierung aufgrund des Alterns präventiv entgegen, wenn Entwertungserfahrungen Älterer sichtbar gemacht und öffentlich diskutiert werden. Dies ist eine wesentliche politische Aufgabe.

- **Altersbilder:**

4. In welchen Bereichen (Erwerbsarbeit, Gesundheitswesen/Pflege, Engagement/gesellschaftliche Partizipation, Politik, Wirtschaft/Konsum, Medien) sehen Sie den größten Handlungsbedarf für eine Veränderung vorherrschender Altersbilder?

Entwertungserfahrungen und Altersdiskriminierungen werden aus allen genannten Bereichen berichtet. Die Spanne reicht von verbalen abwertenden Äußerungen (z. B. „Rentnerlast“ und „Altenberg“) bis hin zur Diskussion medizinischer Leistungen ab einem bestimmten Lebensalter sowie ihrer Verweigerung. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) erfasst dabei nicht alles, was altersdiskriminierend ist oder so empfunden wird. Das AGG ist bislang auch wenig bekannt, ebenso die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (die auch in Einzelfällen berät).

Dem Bereich der Erwerbsarbeit kommt ein besonderer Stellenwert zu, da die Definition von Menschen *über (ihre) Arbeit* innerhalb einer Erwerbsgesellschaft wesentlich ist. Daher sind die Wertschätzung älterer Arbeitnehmender (gleich der gegenüber jüngeren Arbeitnehmenden) sowie deren selbstverständlicher Einbezug in den Erwerbsprozess (statt einer sogenannten *Entberuflichung des Alters*) von wesentlicher Bedeutung für die Qualität von Altersbildern. Frühzeitige, ungewollte Freisetzungen älterer Arbeitnehmender sowie die vielfache Weigerung der Einstellung älterer Arbeitnehmender verstärken negative Altersbilder. Hinzu kommen eine Geringschätzung gegenüber beruflichem Erfahrungswissen sowie eine Ausgrenzung solchen Wissens durch Altersgrenzen, die ein zwangsweises Ausscheiden aus dem Erwerbsprozess vorsehen. Zusammengefasst verstärken und verfestigen diese Prozesse negative Altersbilder und erhöhen damit das Risiko von Altersdiskriminierung.

Zum Handlungsfeld Erwerbsarbeit gehört begleitend die Ermöglichung lebenslauforientierter Bildung (bezogen auf berufsbezogene und allgemeine Bildung). Zudem gehört *Partizipation* älterer Menschen zur Strategie der positiven Beeinflussung und Verbreitung von Altersbildern. Partizipation ist dabei umfänglich, nicht allein bezogen auf bürgerschaftliches Engagement, zu verstehen.

Aufgrund bekannter Benachteiligungen im Gesundheitswesen wegen höherer Lebensalter ist es zudem von besonderer Bedeutung, diesen deutlich entgegenzuwirken. Insbesondere in Anbetracht der steigenden Anzahl alter Menschen besteht hier konkreter und präventiver Handlungsbedarf.

Diese vier Handlungsfelder – *Erwerbsarbeit (inklusive Alterssicherung) Bildung, Partizipation und Gesundheit* – bilden wesentliche Anteile einer umfassenden Strategie für differenzierte Altersbilder. Der 6. Altenbericht zeigt diese Priorisierung von Handlungsfeldern bereits auf.

Der 6. Altenbericht weist explizit darauf hin, dass Altersbilder stets kontextgebunden. Um Altersbilder nachhaltig zu beeinflussen, sind daher vor allem Kontexte zu verändern. Positive bzw. differenzierte Altersbilder z.B. in der Arbeitswelt oder bei Gesundheitsberufen sind

in der Konsequenz durch kontextuelle Rahmenbedingungen herzustellen, die z.B. die Alterserwerbsarbeit fördern bzw. ermöglichen oder die gesundheitlichen Versorgungssysteme stärker auf die besonderen Gesundheitsbedürfnisse einer älteren Bevölkerung abzielen. Allein die Propagierung von neuen/veränderten Altersbildern als isolierte Strategie kann immer nur eine appellative Funktion zukommen.

5. Welche Handlungsfelder sollte die Bundesregierung priorisieren, um die bestehenden Altersbilder gesellschaftlich zu wandeln?

s. Antwort zu Frage 4

6. Welche von der Bundesregierung derzeit verfolgten Projekte, Initiativen und Gesetze halten Sie für hilfreich oder auch für hinderlich, um die Empfehlungen zur Wandlung und Ausdifferenzierung von Altersbildern umzusetzen? Welche Projekte wurden in den letzten Jahren eingestellt, die für die Entwicklung eines gesellschaftlich differenzierten Altersbildes unterstützend gewirkt haben?

Grundsätzlich sind alle Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu begrüßen, die Altersbilder thematisieren, (direkt und indirekt) Reflexionen über Altersbilder ermöglichen sowie die Begegnung und Zusammenarbeit alter und junger Menschen fördern. Solche Projekte etc. sollten dabei stets an bestehende Strukturen in Kommunen anknüpfen. So haben sie die Chance, Bedarfe zu treffen und Nachhaltigkeit zu erzeugen. Wichtige Träger und Multiplikatoren differenzierter Altersbilder sind kommunale Seniorenvertretungen (auch Seniorenbeiräte und -räte genannt). Sie arbeiten in vielen Städten und Gemeinden (z. B. in NRW in derzeit 160 von 396 Kommunen) gemeinwohlorientiert und gestaltend am gesellschaftlichen Miteinander. Sie sind dabei wichtige Träger einer Engagementkultur und stehen für ein *aktives Alter*. Die Unterstützung und Förderung dieser basisveranker-

ten, aktiven und stetig wachsenden Organisation auf der Bundesebene wäre ein Beitrag zur Unterstützung partizipativer Strukturen mit dem Ziel, differenzierte Altersbilder zu forcieren.

7. Welche Altersbilder wurden in den Sozialreformen der letzten 10 Jahre öffentlich dargestellt und halten Sie diese für geeignet, positive Altersbilder zu vermitteln?

Altersrelevante Sozialreformen hat es insbesondere in der Arbeitsmarkt-, Pflege-, Gesundheits- und Alterssicherungspolitik gegeben. In der Arbeitsmarktpolitik wurde versucht, die Integrationschancen älterer Arbeitsloser zu erhöhen. Effekte im Sinne positiver Altersbilder sind insofern erkennbar, dass die u.a. dadurch mit bewirkte Erhöhung der Erwerbsbeteiligung Älterer positive Rückstrahleffekte auf die gesellschaftliche Bewertung der Alterserwerbsarbeit gehabt hat. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass auch negative Altersbilder gefördert worden sind, denn viele ältere Wiedereingestellte sind nunmehr in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. In der Gesundheitspolitik sind ebenfalls keine eindeutigen Effekte auf Altersbilder erkennbar, im Gegenteil, die nicht zustande gekommene Reform der Präventionsgesetzgebung hat der Idee der Gesundheitsförderung und Prävention Älterer „Fahrtwind genommen“. Auch in der Pflegepolitik hat die bislang nicht erfolgte Neukonzeptionalisierung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes eher zu einer Vertiefung negativer Altersbilder beigetragen, da das überkommene Pflegekonzept („Pflegefall“) negative Altersbilder generiert. Darauf hat der 6. Altenbericht hingewiesen. Auch in der Alterssicherungspolitik dürfte der Paradigmenwechsel hin zur neuen Alterssicherungspolitik eher der Entwicklung negativer Altersbilder förderlich sein, denn die empirisch evidente (wenn auch noch leichte) Zunahme der Altersarmut hat darin eine ihrer Ursachen.

8. Wie sehen Sie die Problematik der Altersbilder im europäischen/weltweitem Vergleich? Was können wir positiv aus anderen Ländern lernen?

Auf europäischer Ebene dominiert das Leitbild des „active ageing“. Dessen Konzeptionalisierung (u.a. individueller und gesellschaftsbezogener Nützlichkeitsbezug, lebenslanges Lernen, inter- und intragenerationelle Solidarität, Partizipation und Integration, Empowerment) bietet eine Vielzahl von Perspektiven, um dem Alter mehr „Gewicht“ zukommen zu lassen, womit auch eine neue (positive) Sichtweisen auf das Alter ermöglicht wird.

Kampagnen für differenzierte Sichtweisen aufs Alter und gegen Altersdiskriminierung wie beispielsweise in Irland praktiziert sind empfehlenswert: <http://www.equality.ie/en/Events/Say-No-To-Ageism-Week>

9. Das „Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012“ kann zu einer positiven europaweiten Diskussion über Altersbildern genutzt werden. Wie kann die EU den Diskussionsprozess aus Ihrer Sicht befördern?

s. Antwort zu Frage 8.

- **Altersgrenzen:**

10. Gibt es „überholte“ Altersgrenzen? Wenn ja, wo? Welche sollten vorrangig geändert werden?

Eine Überprüfung von Altersgrenzen in Gesetzen, Verordnungen, Empfehlungen und Satzungen etc. (d. h. in allen Lebensbereichen) sollte erfolgen. Gegenüber festgelegten Altersbegrenzungen muss eine individualisierte Perspektive kultiviert werden. Anstelle fester Altersgrenzen sollten ggf. die Anforderungen bei der individuellen

Auswahl erhöht werden. Vor dem Hintergrund der bekannten Fakten zum Altern ist es nicht vertretbar, dass Personen allein deshalb nicht wieder z. B. zu Schiedsmännern oder -frauen berufen werden, weil sie das 70. Lebensjahr überschritten haben. In Bezug auf das Schöffenamts sollte das Verfahren ebenfalls individualisiert werden, d. h., es muss ein echtes Auswahlverfahren ermöglicht werden.

11. Welche Rolle nehmen Altersgrenzen bei der Entstehung von negativen Altersbildern ein?

Auch wenn Altersgrenzen im Hinblick auf die jeweiligen Kontexte zu bewerten sind, wirken sie regelhaft angewandt festigend auf negative, d. h. begrenzende, Altersbilder, die gesellschaftlich und individuell keinen Gewinn bringen.

12. Die Bundesregierung hat bereits Fehlanreize für ein frühes Ausscheiden älterer Beschäftigter aus dem Arbeitsleben abgebaut und positive Anreize für Arbeitgeber geschaffen, ältere Menschen zu beschäftigen. Was kann nach Ihrer Meinung weiter zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unternommen werden?

- **Gesundheit/Pflege:**

13. Der ausgeprägte Wunsch nach selbständigem und selbstbestimmtem Wohnen älterer Menschen steht schon heute für ein sich veränderndes Selbst-Bild des Alters. Was können Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Menschen selbst tun, um – auch im Falle der Pflegebedürftigkeit – so lange wie möglich ein selbständiges

Wohnen in vertrauter Wohnung und angestammten Wohnumfeld zu ermöglichen?

Die Ansätze sind vielfältig, um ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit und dem bekannten Wohnumfeld zu ermöglichen. In Anbetracht der wachsenden Bedarfe (u. a. steigende Anzahl hochaltriger Menschen) reichen die bisherigen Maßnahmen und deren Fortschreibung allerdings nicht aus. Umfassende, integrative Konzepte für das Leben in sogenannten generationendurchmischten Quartieren, orientiert an Selbstbestimmung und Partizipation, sind notwendig. Zu solchen Konzepten gehören folgende zentrale Elemente: Barrierefreiheit (zumindest aber Barrierearmut) in der Wohnung und im Wohnumfeld, Nachbarschaftshilfen, Einkaufsmöglichkeiten, Gemeinschaftsräume in der nahen Umgebung, Mobilitätshilfen (z. B. Bürgerbusse, insbesondere in eher ländlichen Umgebungen), Kultur- und Bewegungsangebote für Ältere und Jüngere, wohnortnahe Hilfs- und Versorgungsmöglichkeiten, gemeinschaftliche Wohnformen unterschiedlicher Generationen, flexible Wohnstrukturen oder auch Partizipationsknotenpunkte (z. B. auch Stadtteilkonferenzen). Die Entwicklung, Umsetzung und Moderation sowie Begleitung solcher Konzepte ist die Gestaltungsaufgabe, der die Kommunen mit nur sehr knappen Mitteln (Stichwort: Haushaltssicherung) gegenüberstehen. Hier gilt es seitens der Politik, für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen.

14. Welche notwendigen Reformschritte sollten Ihres Erachtens mit dem nun vorgelegten „Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)“ der Bundesregierung angestoßen und umgesetzt werden, um auch auf dieser Ebene die Entwicklung differenzierter Altersbilder zu unterstützen?

Die im Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) vorgesehenen Regelungen zur Unterstützung einer möglichst selbstständigen und

selbstbestimmten Lebensführung, inklusive der Forcierung von Rehabilitation *auch* im Falle eines Pflegebedarfs, sowie die Unterstützung von ambulant betreuten Wohngruppen sind grundsätzlich begrüßenswert, ungeachtet einer pflegepolitischen Bewertung. Ihre Wirkungen auf eine Veränderung des öffentlichen Bildes alter hilfe- und pflegebedürftiger Menschen müssen sich anhand der Umsetzung in der Praxis erweisen.

15. Der 6. Altenbericht zeigt die Notwendigkeit einer Neudefinition des engen, verrichtungsbezogenen Pflegebegriffs auf, welcher dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) zugrunde liegt. Teilen Sie diese Einschätzung? Welchen Anforderungen muss aus Ihrer Sicht eine Neudefinition des Pflegebegriffs genügen? Welche Anforderungen ergeben sich bei der Umsetzung des neuen Pflegebegriffs (insbesondere im Hinblick auf das Begutachtungsverfahren und die Leistungen der Pflegeversicherung)? Wie bewerten Sie auf der Grundlage Ihrer Ausführungen die bisherigen Pläne und Aktivitäten der Bundesregierung zur Reform der Pflegeversicherung?

Der 6. Altenbericht empfiehlt ein erweitertes Verständnis von Pflege (Pflegebegriffserweiterung). Zur Unterstützung dieser Empfehlung liegen zahlreiche Erkenntnisse vor. Das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) bietet begrüßenswerte Ansätze, die aber nicht ausreichend sind.

- **Geschlechtergerechte Seniorenpolitik:**

16. Inwiefern stehen Ihrer Meinung nach die bestehenden Altersbilder insbesondere von Frauen vor dem Hintergrund sich verändernder Lebensläufe auf dem Prüfstand und welche Auswirkungen haben diese Veränderungen?

Zu den beeinflussenden Aspekten der demografischen Entwicklung kommen sich parallel vollziehende allgemeine, strukturelle gesellschaftliche Entwicklungen, die die Rolle von Frauen aktuell wie sehr wahrscheinlich auch künftig verändern. Die steigende Erwerbstätigkeit sowohl junger als auch zunehmend älterer Frauen ist hier als wesentlicher Faktor zu nennen. Die bislang gültige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im privaten sowie im gewerblichen Bereich, die vielfältig sowie komplex ist und vor allem auf grundlegenden Geschlechterdifferenzen beruht, wird damit zunehmend in Frage gestellt und langsam, faktisch verändert. Sorgen und Pflegen, bisher vor allem weiblich konnotiert und in der Erwerbsgesellschaft vergleichsweise gering bewertet, wird künftig nicht mehr selbstverständlich Frauen zugeschrieben und von ihnen erfüllt. Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen wird die Frage, ob und inwieweit Frauen künftig Erwerbsunterbrechungen mit der Folge sinkender Altersrenten für Erziehungs- und Pflegezeiten in Kauf nehmen, verstärken. Diese Entwicklungen werden sich auch in den Altersbildern spiegeln.

17. Welche Anforderungen muss eine geschlechtergerechte Lebenslauf- und Seniorenpolitik Ihrer Ansicht nach erfüllen?

Neben allen genannten Aspekten für die Veränderungen von Altersbildern und die Prävention von Altersdiskriminierung sind für eine geschlechtergerechte Lebenslauf- und Seniorenpolitik die Bereiche *Bildung*, *Gesundheit* und *Partizipation* zentral. Die Vermeidung von Altersarmut gehört selbstverständlich dazu.

18. Wie bewerten sie den Sachverhalt, dass die Bundesregierung in ihrem Berichtsauftrag einen tiefergehenden geschlechterspezifischen Blick auf die Altersbilder mit Verweis auf den Gleichstellungsbericht nicht vorsieht? Wie bewerten Sie den Berichtsauftrag insgesamt? Und wie bewerten Sie, dass bestimmte Aspekte von Altersbildern (wie z. B. die Sexualität oder Kriegserfahrung) nicht behandelt werden?

- **Senioren als wichtige Kunden der Wirtschaft:**

19. Ältere Menschen werden beispielsweise durch Produktmarketing als „Best ager“ neu entdeckt. Wie können Gesellschaft und Politik verhindern, dass Menschen durch bestehende und sich verfestigende Altersbilder „in eine Schublade gedrängt“ werden und eine Gleichbehandlung älterer Menschen – insbesondere auch mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen – durchsetzen?

Eine Polarisierung negativer versus positiver Altersbilder führt zu beschränkten und beschränkenden Sichtweisen auf das Alter und das Altern. Kommt es zu einer kulturellen Konsensverankerung rein positiver Altersbilder, besteht die reale Gefahr einer Abwertung und eines Ausschlusses der anderen, möglichen, negativen Altersbegleitungen. Das steigende Risiko von Altersarmut würde diese Abwertung weiter verstärken. Differenzierte Altersbilder sind daher als erstrebens- und wünschenswert zu kommunizieren und zu praktizieren, sowie durch Projekte und Maßnahmen wie in der Antwort zu Frage 6.

Die Wirtschaftskraft Alter zu forcieren, um auch die produktiven und positiven Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft sichtbar werden zu lassen ist ein Beitrag zur Integration des Alterns. Die andere Seite besteht in der Forcierung von Verbraucherkompetenz (z.B. im Hinblick auf Mediennutzung, Gesundheitsleistungen etc.) in höheren Lebensaltern.

20. Die Wirtschaft hat mittlerweile Seniorinnen und Senioren als wichtige Kunden entdeckt. Welche Ansprüche haben Sie in diesem Zusammenhang an den öffentlichen Sektor? Wie sollte das Dienstleistungsangebot der Behörden an ältere Kunden angepasst werden?

Auch hier gilt die Orientierung an differenzierten Altersbildern, wie in den vorhergegangenen Antworten skizziert.